

**Protokoll  
über die 30. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 14.09.2006**

**Beginn:** 18:00 Uhr  
**Ende:** 19:30 Uhr  
**Ort:** Stadthaus, Am Packhof 2-6, Raum 6.046 (Aufzug D)

**Anwesenheit**

**Vorsitzender**

Sembritzki, Erika Die Linkspartei.PDS

**1. Stellvertreter des Vorsitzenden**

Bank, Sabine Dr. Unabhängige Bürger

**2. Stellvertreter des Vorsitzenden**

Klammt, Johannes Prof. Dr. Dr. CDU

**ordentliche Mitglieder**

Bemann, Annegret SPD  
Brill, Anna Die Linkspartei.PDS  
Nagel, Cornelia BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Riedel, Georg-Christian CDU  
Woywode, Robert CDU

**stellvertretende Mitglieder**

Leppin, Patricia Unabhängige Bürger  
Meslien, Daniel SPD  
Schulz, Andreas Die Linkspartei.PDS

**beratende Mitglieder**

Baumotte, Peter  
Pawlitzok, Heinz

**Verwaltung**

Block, Steffen  
Junghans, Hermann  
Selke, Achim

**Leitung:** Erika Sembritzki

**Schritfführer:** Annika Winter

**Festgestellte Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 29. Sitzung vom 13.07.2006
3. Mitteilungen der Verwaltung
4. Ständiger Tagesordnungspunkt: Umsetzung des SGB II
5. Sonstiges

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

##### Bemerkungen:

Die Ausschussvorsitzende, Frau Sembritzki, eröffnet die 30. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen, begrüßt die Ausschussmitglieder, sowie die Vertreter der Verwaltung und die Gäste. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

##### Beschluss:

Die Ausschussmitglieder stimmen der Tagesordnung einstimmig zu.

##### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

#### zu 2 **Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 29. Sitzung vom 13.07.2006**

##### Beschluss:

Die Sitzungsniederschrift wird ohne Ergänzungen beschlossen.

##### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

#### zu 3 **Mitteilungen der Verwaltung**

##### Bemerkungen:

##### **1. Behindertenfahrdienst**

Die Verwaltung berichtet, dass die Mittel zur Finanzierung des Behindertenfahrdienstes für 2006 nahezu ausgeschöpft sind, lediglich 50 Euro stehen noch frei zur Verfügung. Der Haushaltssperre unterliegen noch 2840 Euro. Die Freigabe der Mittel ist beantragt. Vor diesem Hintergrund ordnete die Verwaltung an, dass bis zur Klärung keine Fahrten mehr durchgeführt werden.

Folgende Regelungen wurden mit sofortiger Wirkung getroffen:

- beim Eintritt in den Kreis der Berechtigten im laufenden Jahr stehen die Fahrten anteilig zu

- das Kontingent pro Berechtigtem ist zwingend einzuhalten (48 Fahrten pro Jahr)

### **Beschluss:**

Die Richtlinie ist gemäß der obigen Vorgaben unverzüglich anzupassen. Im Übrigen werden die Informationen zur Kenntnis genommen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

## **2. Verpflichtung von neuen Mitgliedern des Ausschusses**

Neue Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Wohnen werden durch den/die Ausschussvorsitzenden/-in nach § 28 Abs. 2 Kommunalverfassung M-V zu einer gewissenhaften Erfüllung Ihrer Aufgaben verpflichtet, wenn sie nicht bereits in anderen Ausschüssen verpflichtet wurden bzw. Mitglieder der Stadtvertretung sind. Die Verpflichtung erfolgt gemäß der Formel in der Anlage 1.

## **3. Information zum Bericht über die Pflichtleistungen im Sozialbereich**

Die Verwaltung wird den Entwurf des Berichtes über die Pflichtleistungen im Sozialbereich in der Sitzung am 26. Oktober dem Ausschuss vorstellen. Der Ausschuss wird gebeten, die Entwurfsfassung kritisch zu begutachten und an einer gemeinsamen, abgerundeten Fassung mitzuarbeiten. Aussagen über Pflichtleistungen im Jugendbereich werden wegen der Komplexität beider Bereiche von diesem Bericht abgekoppelt. Sie werden zu einem späteren Zeitpunkt in einem gesonderten Bericht vorgestellt.

## **4. Landesrechnungshof**

Die Verwaltung berichtet, dass sich seit dem 12. September 2006 der Landesrechnungshof zur Prüfung von Schwerpunktthemen in der Stadtverwaltung befindet. Die Entwurfsfassung des Berichtes über die Pflichtleistungen im Sozialbereich soll auch dem Landesrechnungshof vor dem Hintergrund der stetig ansteigenden Sozialausgaben vorgestellt werden.

## **5. Personalangelegenheiten**

Mit Wirkung vom 01. Juli 2006 ist Frau Diessner neue stellvertretende Geschäftsführerin der ARGE Schwerin. Herr Jäger ist Koordinator des neuen Beigeordneten Herrn Dr. Friedersdorff.

## **6. Verfahren bei der Übermittlung der Sitzungsunterlagen für den Ausschuss**

In der 29. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen wurde die Frage gestellt, ob auch die stellvertretenden Mitglieder die Unterlagen per E-Mail oder auf CD-ROM erhalten können.

Der zuständige Fachbereich teilt mit, dass dies nicht vorgesehen ist. Allerdings können mit dem neuen Ratsinformationssystem die Unterlagen für die Sitzungen der Fachausschüsse online eingesehen werden. Zugang zum Ratsinformationssystem können selbstverständlich auch die stellvertretenden Mitglieder der Ausschüsse erhalten. Voraussetzung hierfür ist, dass ein Antrag über die delegierende Fraktion gestellt wird. Dann kann kurzfristig die Kennung für Session erteilt werden und es besteht die Möglichkeit sich per Internet über die Sitzungen zu informieren.

## **7. Leistungen für Unterkunft und Heizung Anfrage aus dem 28. Ausschuss für Soziales und Wohnen**

Die Antwort der Verwaltung ist dem Protokoll der 29. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen beigefügt.

## **8. Auszüge aus den Protokollen zum ständigen TOP „Umsetzung des SGB II“ von 2005**

Die Auszüge aus den Protokollen des Ausschusses für Soziales und Wohnen der Jahre 2004 und 2005, welche die Thematik Leistungen für Unterkunft und Heizung betreffen, wurden mit der Einladung zur 30. Sitzung versandt.

## **9. Sachstandsbericht zur Obdachlosenunterkunft**

Herr Meslien bittet um Aufnahme eines entsprechenden Tagesordnungspunktes in einer der nächsten Sitzungen.

### **Beschluss:**

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis.

## **zu 4 Ständiger Tagesordnungspunkt: Umsetzung des SGB II**

### **Bemerkungen:**

#### **1. Haushalt der ARGE Schwerin**

Die Verwaltung berichtet über die derzeitige Haushaltssituation der ARGE Schwerin.

Das Budget für Eingliederungsleistungen konnte durch den Zufluss von Mitteln

aus anderen ARGE´n und durch die teilweise Aufhebung der Bundeshaltssperre (2.165.527 Euro) um insgesamt 2.744.476 Euro aufgestockt werden. Der im März 2006 festgeschriebene Zuteilungsbetrag von rund 21 Millionen Euro steht damit fast vollständig in einer Gesamthöhe von 20.939.398 Euro zur Verfügung.

Die Verwendung der Mittel wird entsprechend der hierzu für 2006 ergangenen Beschlüsse der Trägerversammlung erfolgen.

## **2. Richtlinie zur Bestimmung der Leistungen für Unterkunft und Heizung**

Die Verwaltung berichtet, dass ab Januar 2007 eine Angleichung der Richtlinie aufgrund von Betriebskostenerhöhungen und der geplanten Mehrwertsteuererhöhung erfolgen wird.

Sollten in Einzelfällen die derzeit festgelegten Höchstbeträge aufgrund von vorgezogenen Erhöhungen nicht ausreichen, können Leistungen auch über die Grenze der Angemessenheit hinaus gewährt werden.

Die Ausschussmitglieder werden zeitnah über die Anpassung der Richtlinie informiert.

Die Verwaltung berichtet, dass ein Landtagsabgeordneter im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung erklärte, die Richtlinie sei rechtswidrig. Dies entspricht nicht den Tatsachen.

## **3. Wirkungsqualität der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen**

Von der Geschäftsführung der ARGE Schwerin ist für Oktober 2006 ein Bericht über die Nachhaltigkeit und damit verbundener Wirkungsqualität der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in Aussicht gestellt worden. Die Wirkung einzelner Maßnahmen wird über einen Zeitraum von sechs Monaten untersucht. Die Verwaltung wird zu den Ergebnissen im Ausschuss berichten. Übereinstimmend wird festgelegt die Geschäftsführung der ARGE hierzu einzuladen.

## **4. Nachfragen zu Arbeitsgelegenheiten / Leistungen für Unterkunft und Heizung**

Auf Vorschlag der Verwaltung wird die Geschäftsführung der ARGE zum Ausschuss am 12. Oktober 2006 eingeladen und steht dann für die Beantwortung von Fragen zum SGB II bereit.

Zusammenfassung der Fragen:

- Tätigkeit im Call-Center als Arbeitsgelegenheit
- Tätigkeit im Krankenpflegebereich als Arbeitsgelegenheit
- Problem der Zusätzlichkeit und Gemeinnützigkeit von Arbeitsgelegenheiten
- Kontrolle von Arbeitsgelegenheiten
- Ein-Raum-Wohnungen
- Möglichkeit der Aufstellung einer Übersicht über die Fälle, die nach der Richtlinie unangemessen wohnen, gegliedert nach der Größe der Bedarfsgemeinschaft und nach der Familiensituation
- Umzugskosten

## **5. Beirat der ARGE**

Die Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass am 20. September der ARGE Beirat tagt.

### **Beschluss:**

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

## **zu 5 Sonstiges**

### **Bemerkungen:**

#### **1. Fördermittel für die Kontakt- und Selbsthilfegruppen (KISS)**

Eine der KISS bewilligte Strukturanpassungsmaßnahme (SAM) lief mit dem 31. Juli 2006 aus. Von der für die Maßnahme bewilligte Fördersumme in Höhe von 2.856 Euro wurden 1.666 Euro ausgezahlt.

Die Verwaltung schlägt vor, den verbleibenden Betrag in Höhe von 1.190 Euro für die weitere Beschäftigung der zuvor in der SAM beschäftigten Person zu verwenden.

### **Beschluss:**

Der verbleibende Betrag in Höhe von 1.190 Euro darf zur weiteren Beschäftigung der betreffenden Person verwendet werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	3

#### **2. Finanzielle Mittel für die Kontakt- und Beratungsstelle des Elternverbandes hörgeschädigter Kinder – LV M/V e.V. im Haushaltsjahr 2006**

Stellungnahme zum mehrfraktionellen Antrag vom 26. Juni 2006

Am 26. Juni 2006 wurde ein mehrfraktioneller Antrag gestellt, mit dem Ziel den Oberbürgermeister zu beauftragen, dem Antrag auf finanzielle Förderung der Kontakt- und Beratungsstelle in Höhe von 600,00 Euro für das Haushaltsjahr 2006 stattzugeben.

Hierzu wurde in der 29. Sitzung des Ausschusses beraten. Im Ergebnis wurde der Antrag abgelehnt, gleichzeitig aber der Vorschlag unterbreitet, einen als Spende für soziale Zwecke eingenommenen Betrag in Höhe von 200,00 Euro dem Elternverband zur Verfügung zu stellen.

Im Zusammenhang mit der Behandlung des Antrages im Hauptausschuss wurde dieser vom Antragsteller ausdrücklich aufrechterhalten und hierzu angemerkt, dass die Verwaltung dem Ausschuss für Soziales und Wohnen nicht richtig vorgetragen habe, denn es handele sich um Pflichtleistungen der Kommune und nicht um eine freiwillige Zuwendung.

Diese Auffassung entspricht nicht den Tatsachen.  
Im Übrigen wurden am 16. August 2006 an den Verein weitere 400,00 Euro gespendet. Der Antrag hat sich damit erledigt.

### **3. Verpflichtung des neuen Ausschussmitgliedes**

Die Ausschussvorsitzende verpflichtet Frau Annegret Bemmann zur gewissenhaften Erfüllung Ihrer Aufgaben als Mitglied des Ausschusses für Soziales und Wohnen.

Zukünftig erfolgt die Verpflichtung vor der ersten Beschlussfassung.

### **4. Termine für die Sprechstunde des Ausschusses für Soziales und Wohnen**

Die nächsten Sprechstunden finden am  
04. Oktober 2006,  
01. November 2006 und  
06. Dezember 2006 statt.

### **5.**

Herr Junghans entschuldigt sich für die Sitzung am 28. September 2006.  
Herr Prof. Dr. Klammt entschuldigt sich ebenfalls.

### **Beschluss:**

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis.

gez. Erika Sembritzki

---

Vorsitzende/r

gez. Annika Winter

---

Protokollführer